

B e r a t u n g s f o l g e:

- | | | | |
|--|------------|---------------|---|
| 1. Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und
Kreisentwicklung | 22.10.2019 | Kenntnisnahme | Ö |
|--|------------|---------------|---|

Franz Baur/09.10.2019

gez. Dezernent / Datum

Haushaltsvollzug 2019 - Finanzbericht zum Stichtag 31.08.2019

Darstellung des Vorgangs:

Der Verwaltungsausschuss hat die Verwaltung beauftragt, drei Mal im Jahr zum Stand des Haushaltsvollzugs zu berichten.

Mit dieser Vorlage wird der **Bericht zum Stichtag 31.08.2019** (Anlage 1) vorgelegt.

Die aktuelle Hochrechnung ergibt eine Verbesserung im Ergebnishaushalt gegenüber dem Haushaltsplan um rund 3,87 Mio. €, so dass das voraussichtliche Gesamtergebnis anstatt 14,4 Mio. € neu 18,27 Mio. € betragen würde. Im Verhältnis zum Haushaltsvolumen von 427,8 Mio. € entspricht dies einer Abweichung von 0,9 %.

Folgende wesentliche Abweichungen zur Haushaltsplanung sind aus heutiger Sicht absehbar:

Das Jobcenter wird vom Bund deutlich höhere Personalkostenerstattungen (+0,49 Mio. €) erhalten. Insgesamt fallen die Personalkostenerstattungen um rund 0,60 Mio. € höher aus.

Die Bußgeldeinnahmen könnten um rund 0,45 Mio. € geringer ausfallen, da voraussichtlich weniger Verkehrsmessungen durchgeführt werden können.

Bei den Flüchtlingsen befinden sich weniger Personen in der Anschlussunterbringung als bei der Planung zu Grunde gelegt wurde. Dadurch ergibt sich eine Einsparung von 1,2 Mio. €.

Durch die Absenkung des Kopfbetrags für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen (FAG) nach der Mai-Steuerschätzung um 1 € pro Einwohner vermindern sich die Zuweisungen. Da es für das Jahr 2018 eine unerwartete Nachzahlung gab, erhöhen sich im Saldo die Erträge um 0,44 Mio. €.

Die Grunderwerbsteuer liegt nach aktueller Hochrechnung um 3,26 Mio. € über dem Planansatzes von 14,5 Mio. €.

Bei den Berufsbildenden Schulen ist eine Ergebnisverbesserung von rund 0,61 Mio. € zu erwarten. Dies liegt u.a. an einem höheren Zuschuss vom Land für die Digitalisierung an Schulen. Die Projektgruppe 06 (Digitalisierung von Schulen und Unterricht) hat zunächst die Projektstruktur erarbeitet. Die kostenwirksamen Maßnahmen beginnen erst im Jahr 2020. Die Sanierung der Turnhalle in Leutkirch wird sich auf das Jahr 2020 verschieben.

Bei der Hilfe zu Pflege kommt es durch einen Fallzahlenanstieg mit deutlich erhöhtem Bedarf zu Mehraufwendungen von 1,06 Mio. €.

Die Vergütungsverhandlungen mit den Trägern der Eingliederungshilfe führen zu einer Erhöhung der Entgelte zwischen 3,0 % und 3,5 %, die bei der Planung nicht in dieser Höhe berücksichtigt wurden. Dadurch ergeben sich Mehraufwendungen von 1,08 Mio. €

Im Bereich der Hilfen für junge Menschen und Familien werden höhere Einzelfallkosten im Zuge der Umsetzung der Orientierungshilfe des KVJS bei der Vollzeitpflege und die steigende Inanspruchnahme von gemeinsamen Wohnformen für Mutter und Kind zu Mehraufwendungen von 0,53 Mio. € führen.

Bei den Unterhaltsvorschussleistungen ergeben sich Einsparungen von rund 0,39 Mio. € nachdem das Land seinen Erstattungsanteil erhöht hat. Die Rückgriffsquote wird sich verringern, da die Erfolgsquote bei den älteren Kindern deutlich niedriger ist.

Im investiven Bereich werden für einen Großteil der nicht ausbezahlten Investitionsmittel Haushaltsreste gebildet, weil die Maßnahmen entweder noch nicht abgerechnet oder noch nicht fertiggestellt sind bzw. auf das Jahr 2020 verschoben werden müssen. Das bedeutet, dass ein wesentlicher Teil der nicht mehr im Jahr 2019 zur Auszahlung kommenden rund 3,0 Mio. € im Jahr 2020 abfließen werden.

Um den Lesefluss zu erleichtern, verzichten wir auf Mehrfachnennungen von Geschlechtern. Die verwendeten Bezeichnungen gelten für alle Geschlechter.